

30 Jahre Gute Arbeit

ARBEITSPOLITIK *Vor genau dreißig Jahren erschien die Nullnummer der »Arbeit & Ökologie-Briefe« – ein Pionierprojekt, aus dem sich die heutige Zeitschrift »Gute Arbeit« entwickelte.*

VON KLAUS PICKSHAUS UND JÜRGEN REUSCH

DARUM GEHT ES

1. Die Zeitschrift Gute Arbeit und ihr Vorgänger Arbeit & Ökologie-Briefe besteht jetzt 30 Jahre – das ist für sich genommen schon ein großer Erfolg.

2. Das Erfolgsrezept der Zeitschrift war in diesen Jahren, die Interessenvertretungen in ihrem Engagement für gute, menschengerechte Arbeit zu unterstützen.

3. Dabei suchte die Zeitschrift immer den Schulterschluss mit den Gewerkschaften.

Das Jahr 2019 ist reich an Jubiläen. Eines davon hat mit dieser Zeitschrift zu tun. Denn in diesen Tagen besteht sie genau 30 Jahre. Die erste Ausgabe erschien im Herbst 1989 unter dem Namen »Arbeit & Ökologie-Briefe«. Und drei Jahrzehnte danach fällt eine erstaunliche Aktualität ins Auge: Dass nämlich heute mehr denn je nicht nur die Frage hochbrisant ist, »wie« – unter welchen Bedingungen – die Menschen arbeiten. Sondern dass es immer wichtiger wird, »was« an Gütern und Dienstleistungen produziert wird und »wozu« – und wer darüber bestimmt.

So ist die heutige Arbeitswelt nicht nur von hochgradig belastenden, oft auch zunehmend prekären und unsicheren Arbeitsbedingungen geprägt. Sondern geht es auch darum, ob und wie es gelingt, zu arbeiten und zu produzieren, ohne unsere Lebensgrundlagen zu zerstören. Das ist durchaus im Sinne auch des Betriebsverfassungsgesetzes, wonach nicht nur Fragen des Arbeitsschutzes, sondern auch des Umweltschutzes zu den Aufgaben der Betriebsräte gehören. Fragen der Arbeitsökologie haben geradezu existenzielle Bedeutung gewonnen, auch für eine humane Arbeitspolitik – für die Interessenvertretungen, für die Gewerkschaften, für die Wissenschaft, für die Politik und alle gesellschaftlichen Akteure. Sie stehen deshalb auch immer mehr im Zentrum der – mit der Zeitschrift verwandten – Jahrbuchreihe Gute Arbeit.

Schwieriger Anfang

Zu Beginn sah es eher danach aus, als werde das finanziell auf wackligen Füßen stehende Zeitschriftenprojekt nicht alt werden. 1989 hatte – initiiert vom ehemaligen Verleger der

Zeitschrift »Öko-Test« – ein kleiner Zirkel gewerkschaftlicher Öko-Aktivistinnen, darunter der (2008 verstorbene) Klaus Priester, die »Arbeit & Ökologie-Briefe« »erfunden«. Das war zunächst ein schmaler, schmuckloser, 16 engbeschriebene Druckseiten umfassender Fachinformationsdienst, der alle 14 Tage erschien und Betriebsräten in klarer und allgemeinverständlicher Sprache aktuelle Informationen zu Fragen der humanen und ökologischen Arbeitsgestaltung anbot – durchaus auch erfolgreich.

Für die dauerhafte Existenz der »Briefe« war es wichtig, dass sie als Hilfsmittel der Betriebsratsarbeit im Sinne des § 40 Abs. 2 BetrVG anerkannt wurden. Anfang der 1990er Jahre wurde das durch einen rechtskräftigen Spruch des LAG Hessen auch durchgesetzt und gilt bis heute. Um mit der Veränderung der Medienlandschaft und der Lese- und Informationsgewohnheiten Schritt zu halten, wurden die Arbeit & Ökologie-Briefe 2002 in eine Monatszeitschrift umgewandelt. Seit Januar 2005 erscheint sie unter dem Namen »Gute Arbeit« mit neuem Layout im Bund-Verlag und erhielt dadurch erstmals gute Entwicklungsmöglichkeiten. Mit dem Übergang in den Verlag war die kleine Nussschale des alternativen Zeitschriftenprojekts endlich nicht mehr vom ständigen Schiffbruch bedroht, sondern kam in ruhigeres Fahrwasser.

Der heute unvermindert hochaktuelle Name »Gute Arbeit« drückt auch aus, dass die Zeitschrift immer enge Verbindung hielt zu »verwandten« gewerkschaftlichen Projekten, nämlich zum 2003 gestarteten IG Metall-Projekt Gute Arbeit, zum DGB-Index Gute Arbeit (seit 2007) und zum – ebenfalls im Bund-Verlag erscheinenden – Jahrbuch Gute Arbeit (seit 2009).

Arbeit und Ökologie

Das Begriffspaar Arbeit und Ökologie nahm Ende der 1980er/Anfang der 1990er Jahre eine in der EU damals weit verbreitete Debatte um ein arbeitspolitisches Reformkonzept auf, das humane Arbeitsgestaltungsansätze mit den Anforderungen an Umweltverträglichkeit verknüpfte. Es ging nicht nur darum, »wie« (unter welchen Bedingungen) gearbeitet werden sollte, sondern es ging auch um das »was« und »WOZU«.

In den späteren 1990er und den 2000er Jahren schoben sich dann mit Macht Fragen der humanen Arbeitsgestaltung in den Vordergrund. Das war auch eine Folge der deutschen Einheit – die einher ging mit hoher Arbeitslosigkeit und massiven Angriffen auf soziale Standards, etwa durch die Agenda 2010. Es dominierte der Slogan »Hauptsache Arbeit, egal welche« oder »Sozial ist, was Arbeit schafft«. Diesem – auch heute nicht beendeten – arbeits- und sozialpolitischen Rollback stellte die Zeitschrift den berechtigten Anspruch der Beschäftigten an »Gute Arbeit« entgegen. Trotz geringer Werbemittel honorierten wachsende Abonnentenzahlen dieses Konzept.

Aktuell gewinnen Fragen einer öko-sozialen Transformation von Industrie und Dienstleistungen an Brisanz. Auch hierbei geht es um die Handlungsmöglichkeiten der betrieblichen Interessenvertretungen.

Ein gewerkschaftliches Projekt

Von Anfang an war die Zeitschrift als gewerkschaftspolitisches Projekt angelegt, das der humanen Arbeitsgestaltung in den Betrieben den gebührenden Stellenwert einräumte. Der Anstoß dazu kam zunächst aber nicht von den Gewerkschaften selbst, sondern es war eine »Privatinitiative« von einigen Unentwegten,



Titelbilder aus vordigitaler Zeit.: Die »Arbeit & Ökologie«-Briefe waren der Vorläufer der Zeitschrift »Gute Arbeit«.

die dieses Konzept an die Gewerkschaften herantrugen. Es dauerte eine Weile, bis diese das Angebot annahmen. Eine sozial und ökologisch geprägte Arbeitspolitik stand damals auf der gewerkschaftlichen Agenda nicht an erster Stelle. Dort konzentrierte sich alles auf die Sicherung von Arbeitsplätzen und die Verhinderung der allerschlimmsten Sozialdemontage auch in den Betrieben. Da kam es dann nicht so darauf an, ob Arbeit »gut« oder weniger »gut« war. Arbeitspolitisch waren die 1990er und frühen 2000er Jahre für die Gewerkschaften eine verlorene Zeit.

Die von den Machern der Zeitschrift gewollte Annäherung an die Gewerkschaften verlief mühsam und dauerte Jahre, ging aber voran. Von Beginn an hatte die Zeitschrift die Unterstützung der IG Metall, dann auch der IG Medien. In einer der Existenzkrisen des »Blättchens« trug die IG BAU entscheidend dazu bei, dem Projekt eine Perspektive zu geben. Im Redaktionsbeirat waren dann nach und nach neben Betriebsräten und kritischer



30 Jahre »Gute Arbeit«: Unterschiedliche Optik, gleiche Grundhaltung.

Wissenschaft auch immer mehr Repräsentanten der Gewerkschaften vertreten. Eine wichtige positive Rolle dabei spielte Marina Schröder (verstorben 2014), die damalige Ressortleiterin Arbeitsschutz beim DGB-Vorstand. Die Zeitschrift wurde Teil und aktiver Träger eines erfolgreichen gewerkschaftlichen Agenda-Settings, das die Forderung nach Guter Arbeit in der demokratischen Öffentlichkeit verankerte.

Eine gegen tendenzielles politisches Projekt

Die Zeitschrift war immer eine echte Fachzeitschrift, die Wert legte auf solide und gut recherchierte Informationen. Sie war zugleich aber auch ein politisches Projekt, das sich kritisch mit den Arbeitgebern und ihren politischen Sachwaltern auseinandersetzte, die dem schellen Profit zu Lasten der Gesundheit der Beschäftigten den Vorrang geben wollten. Damit erwarb sie sich bewusst den Ruf eines politischen »Wadenbeißers«.

So engagierten sich die Arbeit & Ökologie-Briefe für den Ersatz krank machender Lösemittel in der Druck- und Metallindustrie, stritten für ein Asbest-Verbot und begleiteten kritisch die Debatte um ein zeitgemäßes präventives Arbeitsschutzverständnis, das 1996 in der Verabschiedung des Arbeitsschutzgesetzes mündete – drei Jahre verspätet und von den Arbeitgebern mit Misstrauen betrachtet. In den folgenden Jahren wurde die Zeitschrift zu einem wichtigen medialen Multiplikator für gewerkschaftliche Positionen und Aktivitäten gegen den neoliberalen Zeitgeist auch im betrieblichen Arbeitsschutz: Gegen den Abbau des Leistungskatalogs der gesetzlichen Unfallversicherung, gegen ruinöse Umstrukturierungen der Arbeitsschutzbehörden, gegen Versuche, die Selbstverwaltung der Unfallversicherung zu untergraben. Der »Masterplan Bürokratieabbau« des Wirtschafts- und Arbeitsministers Clement, die Versuche von Bundesregierung und EU-Kommission, die EU-Arbeitszeitrichtlinie aufzuweichen, die Demontage der Arbeitsstättenverordnung, die Untätigkeit der Politik, die die betrieblichen Praktiker mit dem wachsenden Problem Stress am Arbeitsplatz allein ließ – bei all diesen Konflikten hatte die Zeitschrift eine wichtige Funktion für die Unterstützung gewerkschaftlicher Positionen und damit für die Stärkung der Handlungsmöglichkeiten der Betriebsräte.

Vielfältige Funktionen

Eine der wichtigen Funktionen der Zeitschrift war die Kooperation mit der kritischen Wissenschaft. Die zahlreichen wissenschaftlichen Erkenntnisse, die das Engagement für Gute Arbeit unterstützten, fanden sich regelmäßig und in allgemeinverständlicher Form in der Zeitschrift wieder.

Dem lag eine über die Jahre von der Redaktion immer weiter ausgebauten Vernetzung zugrunde, die mehrere Zielgruppen einbezog: Die Betriebsräte und teilweise auch Personalräte als wichtige Akteure der menschengerechten Arbeitsgestaltung vor Ort, und dabei immer auch die Beschäftigten selbst. Gleichzeitig auch die Gewerkschaften und ihre Gliederungen und Einrichtungen wie z. B. die Bildungsstätten, weiter die politischen Akteure des Arbeits- und Gesundheitsschutzes sowie weitere Akteure in Behörden, Verbänden, in den Berufsgenossenschaften und in den Arbeitsschutzverwaltungen der Länder.

Dabei ging es immer auch darum, den gewerkschaftlichen Positionen und Aktionen für Gute Arbeit ein Forum zu bieten und damit der betrieblichen Arbeitsschutzpraxis eine wichtige Hilfestellung zu geben. So etwa den Betriebsräten bei der Nutzung ihrer Mitbestimmungsrechte. Diese Rechte zu verteidigen und teilweise überhaupt erst durchzusetzen, z. B. die Mitbestimmung bei der Gefährdungsbeurteilung, zog sich als Argumentationsstrang durch die gesamten drei Jahrzehnte des Bestehens der Zeitschrift. Hier ging es zwar auch, aber nicht nur um eine fachjuristische Beratungsfunktion. In klarer Sicht auf die begrenzten Möglichkeiten der Interessenvertretungen hat die Zeitschrift den Interessenvertretungen dabei immer auch die gewerkschaftlichen Unterstützungsangebote näher gebracht (Leitfäden, Seminare usw.) und den direkten Kontakt zwischen den im Arbeitsschutz aktiven Gewerkschaftern und den Betrieben hergestellt. <



Klaus Pickshaus war Redakteur der Arbeit & Ökologie-Briefe von 1990 bis 1993.



Jürgen Reusch war Redakteur der Arbeit & Ökologie-Briefe bzw. von »Gute Arbeit« von 1993 bis 2012. Beide sind derzeit in der Redaktion der Jahrbücher Gute Arbeit aktiv.

Arbeitszeiten, die erlaubt sind



Buschmann / Ulber

Arbeitszeitrecht

Kompaktcommentar zum Arbeitszeitgesetz mit Nebengesetzen und Europäischem Recht 2019. 709 Seiten, gebunden
€ 84,90
ISBN 978-3-7663-6866-9

www.bund-verlag.de/6866



kontakt@bund-verlag.de
Info-Telefon: 069 / 79 50 10-20